



Endspurt im Schüler- und Jugendwettbewerb

Einsendeschluss ist am 31. März 2010 – Fünftägige Studienfahrt nach Berlin zu gewinnen

Noch bis zum 31. März 2010 haben rheinland-pfälzische Jugendliche Zeit beim 24. Schüler- und Jugendwettbewerb der Landeszentrale für politische Bildung und des Landtags von Rheinland-Pfalz ihre Chancen auf einen der vielen attraktiven Preise zu wahren. Bis dahin haben sie noch die Möglichkeit ihre Ansichten und Ideen in Form von Einzel-, Gruppen- und Klassenarbeiten einzureichen. Zur Auswahl stehen beim diesjährigen Wettbewerb die Themen

- **Süchte – eine Flucht aus der Wirklichkeit:** Gefesselt von Drogen, Alkohol, Tabak, Computer, Spielen usw.
- **20 Jahre der Deutschen Einheit – Vergangenheit und Gegenwart:** Ist zusammengewachsen, was zusammengehört?

■ **Jenseits der Grenze:** Unser Nachbar Frankreich
 „Jedes Jahr aufs Neue bieten wir den rheinland-pfälzischen Jugendlichen die Möglichkeit, uns ihre Ansicht zu den ausgelobten Themen mitzuteilen und mit ihren eingereichten Arbeiten einen der vielen Preise zu gewinnen“, stellt Joachim Mertes, Präsident des Landtags, und Dr. Dieter Schiffmann, Direktor der Landeszentrale, zum Auftakt des Schüler- und Jugendwettbewerbs 2010 fest. Direkt an die Jugendlichen gewandt fahren sie fort: „Aus der Vergangenheit lernen, sich mit der Gegenwart beschäftigen und die Zukunft mit zu gestalten, dazu bieten die drei Themen des Schüler- und Jugendwettbewerbs wieder Gelegenheit. Wir freuen uns auf Eure Beiträge.“

Wer am Schüler- und Jugendwettbewerb 2010 teilnehmen will, muss 13 – 20 Jahre alt sein, in Rheinland-Pfalz leben, zur Schule gehen, in Ausbildung sein oder arbeiten. Ob im Jugendzentrum, in der Ausbildung, in der Schule oder in Eigenverantwortung entstanden, ob Einzel- oder Gruppenarbeit, ob Video, Wandzeitung, Homepage oder Computerspiel, das selbst-aktiv-werden wird mit tollen Preisen belohnt. Dazu gehören eine 5-tägige Studienfahrt nach Berlin für Einzel- und Gruppensieger, die Teilnahme an einem Landtagsseminar für Jugendliche, Tagesfahrten oder Klassenanschaffungen für Schulklassen, und zusätzlich jede Menge toller Bücher, Spiele und Videos.

Einsendeschluss für die Arbeiten zum Schüler- und Jugendwettbewerb 2010 ist der 31. März 2010. Die Preisverteilung ist am Donnerstag, dem 10. Juni 2010 in Mainz. Die Preisträgerarbeiten werden im Foyer des Landtages ausgestellt. Näheres erfahren Sie bei Herrn Dieter Gube, Landeszentrale für politische Bildung, Am Kronberger Hof 6 in 55116 Mainz (E-Mail: dieter.gube@politische-bildung-rlp.de / Tel.: 0 61 31 / 16 - 40 98 / Fax: 0 61 31 / 16 - 29 80). Dort können auch Plakate zum Wettbewerb und die Ausschreibungsunterlagen, auch im Klassensatz, bestellt werden.

Abzockmaschinen im Internet

SPD-Arbeitskreis zu Gast bei der Verbraucherzentrale

Der Arbeitskreis „Verantwortung in der medialen Welt“ der SPD-Landtagsfraktion war zu Gast bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und informierte sich über Verbraucherschutz in den Bereichen Medien, Internet und Telekommunikation.

„Wie wir erfahren haben, fallen viele Menschen auf üble Abzockmaschinen im Internet herein. Mit vermeintlich kostenlosen Web-Angeboten wie SMS-Diensten, Downloads oder durch den versehentlichen Abschluss eines Abonnements bzw. den Aufruf kostenpflichtiger Seiten ziehen zweifelhaftes Firmen neugierigen Nutzern das Geld aus der Tasche. Tücken lauern aber auch bei Onlinespielen, die gerade bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt sind. Andere Probleme können bei Online-Nutzung von Musikdateien über Tauschbörsen auftreten, die aus urheberrechtlicher Sicht gefährlich sind. Bedenklich ist aber auch, dass viele Jugendliche in Online-Communities recht unbedarft mit persönlichen Angaben umgehen. Allein im Jahr 2009 haben sich über 18.000 Menschen mit Anfragen aus den Bereichen Telekommunikation, Internet und Medien an die rheinland-pfälzische Verbraucherzentrale gewandt“, erklären die stellvertretende Kommissions-Vorsitzende Renate Pepper und der SPD-Obmann Martin Haller.

Der Trend setze sich weiter fort. Im Januar hätten sich bereits knapp 500 Verbraucher in Sachen Internetabzocke an die Beratungsstellen gewandt. Nicht besser sehe es bei unerlaubter Telefonwerbung aus. Es würden viele Fälle aus dem Bereich Gewinnspiele/Lotterie gemeldet. Außerdem werde nach wie vor häufig die Rufnummer unterdrückt, obwohl dies nicht erlaubt sei.

„Die jüngsten Änderungen im Telekommunikationsgesetz und im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb haben in diesen Bereichen offenbar keine große Wirkung gezeigt. Eine gesetzlich vorgeschriebene Regelung zur Preistransparenz fehlt in Deutschland noch immer. Bei Online-Spielen existiert bisher kein wirksames und aus datenschutzrechtlicher Sicht unbedenkliches Altersverifikationsverfahren. Ferner müssen Zahlungssysteme entwickelt werden, zu denen Kinder und Jugendliche keinen Zugang haben. An erster Stelle steht aber weiterhin die umfassende Aufklärung von Kindern, Jugendlichen und vor allem deren Eltern. Gerade sie werden von den bestehenden Informationsangeboten noch zu wenig erreicht. All diese Themen und Fragen nehmen wir mit in die weiteren Beratungen der Enquete-Kommission und werden sie mit unseren Experten diskutieren“, so die beiden Abgeordneten.

Neue Qualität der Unzufriedenheit

CDU begrüßt Gründung eines Bildungsbündnisses

Die Gründung des Bildungsbündnisses, einem Zusammenschluss von Elterninitiativen und Verbänden in Rheinland-Pfalz wurde von der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes, begrüßt.

Das Bündnis setze sich für eine Reduktion des Unterrichtsausfalls, die Verbesserung der Unterrichtsqualität, kleinere Klassen sowie den Erhalt einer differenzierten Schullandschaft ein. Die Landesregierung habe auf diese Forderungen bisher keine Reaktionen gezeigt, so Dickes.

Dieser landesweite Einsatz von Eltern und Lehrern mache die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik der Landesregierung sehr deutlich. In den letzten Monaten habe sich die Zahl der Elterninitiativen für bessere Bildung in Rheinland-Pfalz spürbar vermehrt. Dass sich jetzt sogar ein landesweites Bündnis formiere, zeige jedoch eine ganz neue Qualität der

Unzufriedenheit. Diese Stimmen könnten die Landesregierung nicht mehr überhören.

Für die Landesregierung sei es ein Armutszeugnis, wenn ein Protest dieser Größenordnung auf die Missstände in unseren Schulen hinweise, so Dickes. Das Thema Schülerbeförderung, eine nicht zu Ende gedachte Realisierungs-Plus, fehlende Konzepte zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und der individuellen Förderung ließen die Defizite offen zu Tage treten. Eltern und Lehrer hätten von stets neuen Projekten und Reformen ohne spürbare qualitative Verbesserung endgültig die Nase voll.

Auch die angekündigte Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für angehende Gymnasiallehrerinnen und -lehrer verfehle das Klassenziel. Zum 1. Februar 2010 seien wieder mehrere Hundert Bewerber für ein Referendariat abgelehnt worden, die unsere Schulen dringend benötigten.

Ausstellung „StadtLeben“

„StadtLeben“ lautet der Titel der neuen Kunstausstellung der Reihe „Kunst im Abgeordnetenbüro“, die Initiator Manfred Geis am Montag, dem 8. Februar, im Abgeordnetenhaus des Landtags eröffnen wird.



Die Ausstellung basiert auf einem Seminar „Zeichnen und Druckgrafik“ der Fachhochschule Mainz, das unter der Leitung der Künstlerin und Dozentin Mirta Domacinovic stand. Die Studierenden, angehende Grafikdesigner, sollten sich mit dem städtischen Umfeld sowohl in sozialer wie auch in architektonischer Hinsicht zeichnerisch auseinandersetzen. Die Charaktere der Stadt, Zeit, Schnelllebigkeit, Veränderung oder gegensätzliche Aspekte wie Bewegung und Ruhe, Tag und Nacht, alt und neu, sollten Ansatzpunkte sein.

Sebastian Breidecker hat sich unter anderem mit dem Kontrast zwischen alter und neuer Architektur auseinandergesetzt. Dabei schuf er ein Sammelalbum von Eindrücken und verschiedenen „Blickwinkeln“ der Stadt, in der er lebt.

Johann Kruschinski zeigt Sensations-tationen, die in einer Stadt allgegenwärtig existieren und ohne die eine Stadt nicht bestehen würde und sich auch nicht weiterentwickeln könnte. Bei ihm steht es speziell um Baustellen und Bauarbeiten.

Oksana Kyzymchuk zeigt Menschen, denen sie begegnet, und die bei ihr Eindruck hinterlassen. Sie kleidet sie in ein Muster aus der Umgebung, in der sie die Personen antrifft. Isabella Hoff hält menschenleere U-Bahnstationen fest, die sich zwischen ihrer Wohnung und der Fachhochschule befinden.

Mirta Domacinovic benutzt Börsenberichte verschiedener Tageszeitungen als Träger ihrer Zeichnungen. Diese zeigen das Ende einer Konsumkette: Abfall und leere Töpfe.



Guido Ernst (CDU, rechts) ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Medien und Multimedia. Er löst seinen Fraktionskollegen Dr. Norbert Mittrücker ab, der den Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr übernimmt. Stellvertreter bleibt Heribert Heinrich (SPD). Foto: Klaus Benz

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Weichen auf wirtschaftliches Wachstum stellen

„Der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz und auch in Deutschland insgesamt macht deutlich, wie dringend es ist, die Weichen auf wirtschaftliches Wachstum zu stellen“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Günter Eymael. Auch wenn wohl vor allem jahreszeitliche Gründe für den aktuellen Anstieg verantwortlich seien, wirke sich auch die wirtschaftliche Krise aus.

Deshalb sei es richtig, dass die neue Bundesregierung die Bürger und Unternehmen mit einem Sofortprogramm steuerlich entlastet habe. Das von der FDP geforderte einfachere Steuersystem mit niedrigeren Sätzen müsse nun folgen, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. So

Eymael. Darüber hinaus seien weitere Reformen notwendig, etwa um Zukunftstechnologien bessere Chancen zu eröffnen.

Es sei schwer einzuschätzen, wie sich der rheinland-pfälzische Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten entwickeln werde, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD, Marianne Grosse. Die Hinweise auf eine Erholung der Wirtschaft und des Wachstums würden deutlicher. Dennoch müsse auch weiterhin mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation gerechnet werden.

Die Arbeitslosenquote liege bei 6,4 Prozent und damit fast gleich hoch wie im Januar des vergangenen Jahres, so Grosse.

Partizipationschancen steigen

SPD: Land ist in der Integrationspolitik auf gutem Weg

Anlässlich der Vorstellung des 3. Zuwanderungs- und Integrationsberichts zeigten sich Ingeborg Sahler-Fessel, Obfrau der SPD-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz“ und der integrationspolitische Sprecher Dieter Klöckner erfreut über die positive Bilanz der rheinland-pfälzischen Integrationspolitik.

Wie der vorliegende Bericht zeige, hätten sich die Partizipationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens gut entwickelt. Dazu zählten beispielsweise die Reform der Ausländerbeiträge und das Werben für höhere Einbürgerungsquoten. Um die Situation von Migrantinnen und Migranten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern, habe das Land seine arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen intensiviert. Was die Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen und beruflichen Abschlüssen angehe, sei die Bundesregierung aufgefordert, endlich zu handeln. Das hierzu im Dezember vorgelegte Eckpunktepapier habe aber nicht überzeugt.

Die Landesregierung möchte Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zu Beratungs- und Informationsangeboten durch niedrigschwellige und aufsuchende Angebote weiter erleichtern. Ein wichtiger Baustein

hierbei seien die zahlreichen „Häuser der Familien“ sowie die Lokalen Bündnisse für Familien. Um Migrantinnen und Migranten in das Pflege- und Gesundheitssystem zu integrieren, habe die Landesregierung frühzeitig verschiedene Initiativen ergriffen, wie beispielsweise durch die modellhafte Einrichtung einer Beratungsstelle für ältere Migrantinnen und Migranten. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz sei die Broschüre „Familienkultursensibel pflegen“ als ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber entstanden.

Sahler-Fessel: „Die Bildungspolitik nimmt in Rheinland-Pfalz eine herausragende Stellung ein – so auch im Integrationskonzept des Landes. Dank vielfältiger Sprachfördermaßnahmen werden in Rheinland-Pfalz mehr als ein Drittel der künftigen Erstklässler erreicht. Ein so genannter Sprachförderpass dokumentiert die Fortschritte und Maßnahmen. Zusammen mit dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“, dem Ausbau der Ganztagschulen und der Einführung der Realschule plus befindet sich die Landesregierung auf einem sehr guten Weg. Das sind die richtigen Akzente für eine frühzeitige Förderung und damit für gute Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund.“

Datensammelwut Einhalt gebieten

Pörksen: Europäischer Datenschutztag – Unabhängige Kontrolle wichtig

Der europäische Datenschutztag findet regelmäßig am 28. Januar statt. Zu diesem Zeitpunkt begann im Jahr 1981 die Unterzeichnung der Europaratskonvention 108 zum Datenschutz. Dort verpflichteten sich die europäischen Staaten für die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten, insbesondere des Persönlichkeitsbereichs, bei der automatisierten Datenverarbeitung Sorge zu tragen.

„Ein effektiver Datenschutz ist für die SPD heute wichtiger denn je. Was im Jahr 1981 noch nach Science-Fiction klang, ist heute teilweise schon bittere Realität geworden. Längst ist das Sammeln, Verkaufen und Vernetzen von Daten – auch und gerade von persönlichen Daten – grenzenlos ge-

worden. Dieser grenzenlosen Datensammelwut Einhalt zu gebieten, sie zu hinterfragen und wenn nötig zu unterbinden, ist die Aufgabe eines effektiven Datenschutzes“, so Carsten Pörksen, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der Datenschutzkommission des Landtags.

Pörksen: „Gerade als Innen- und Sicherheitspolitiker möchte ich anlässlich des europäischen Datenschutztags betonen, dass es zu den Stärken eines Rechtsstaates gehört, wenn Datenschutz, Politiker, Bürger oder Institutionen den Mut aufbringen, in der Diskussion um vergangene und anstehende Sicherheitsbestimmungen immer wieder die Frage nach der Balance

zwischen Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlusten zu stellen.

Datenschutz bedeutet, sich einzumischen und Dinge kritisch zu hinterfragen. Dieses setzt Ringen um die Balance zwischen Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlusten ist die zentrale Herausforderung eines effektiven Datenschutzes. Unabhängige Kontrolle ist hier ebenso wichtig wie das Verantwortungsgefühl und das Datenschutzbewusstsein jedes Einzelnen. Aufklärung – wie es zum Datenschutztag beispielsweise der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte Edgar Wagner im Rahmen einer Veranstaltung u.a. mit Lehrkräften an Schulen und Bildungseinrichtungen eindrucksvoll zeigt – ist wichtiger denn je.“